

# Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

## Tageszeitung

Verlagsdruckerei: Kurt Drescher Nr. 31307  
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Allg. Deutsche Creditbank, Blasewitz  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaften Dresden-West, und Dresden-Nord, des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstamtes Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Radeberg, Bühlau, Weichig, Schönfeld, Wachwitz, Niederporsitz, Hosterwitz, Pillnitz, Dobritz, Laubegau.

Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagshaus Hermann Meyer & Co., Blasewitz. Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Fr. Zimmermann, Dresden; für den Anzeigen-Teil: Paul Rosch, Dresden.  
Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.  
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.— einschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75  
Blasewitz  
Freitag, 22. Oktober 1920.

Anzeigen-Preis: die gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Zeitraume die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag.  
Anzeigen-Nachnahme für die nächste Nummer bis vorn. 11 Uhr.

### Der Reichsfinanzminister a. D.

Herr Eraberger hat offenbar die Absicht, nachdem, wie er annimmt, über seinen Prozeß im Frühjahr dieses Jahres wieder einträglichen Gewinn erwachsen ist, in Berlin das politische Steuermännchen zu spielen. Er hat seit einiger Zeit seinen Wohnsitz in die Reichshauptstadt verlegt und soll, wie es heißt, seine Freunde in den Ministerien häufig aufsuchen, angeblich in der Absicht, ein neues politisches Betätigungsfeld vorzubereiten. Daß daran etwas Wahres ist, geht schon aus dem auch von uns kürzlich mitgeteilten Bericht hervor, daß Herr Eraberger sich noch im Laufe dieses Sommers eifrig darum bemüht hat, den Gesandtschaftsposten in Madrid zu erhalten. Dieser Tage ist Herr Eraberger mit einer verdächtigen Anwendung von Großmut wieder in den Brennpunkt des Interesses getreten, indem er seinen, im vorigen Jahr gegen den damaligen Hauptschriftleiter der „Deutschen Zeitung“, Dr. Wälz, wegen Beleidigung erhobenen Strafanspruch zurückgezogen hat, nachdem der damit im Zusammenhang stehende Fall Mannheim durch das Gericht erledigt worden ist. Herr Eraberger ließ durch die zentralpolitische Korrespondenz die Zurückziehung der Klage damit begründen, daß er seinen Anlauf zu einem neuen politischen Sensationsprozeß geben wolle und daß die strafrechtlichen und prozessualen Bestimmungen keine Gewähr für sachliche Erledigung von Ehrenrettungen beleidigter Persönlichkeiten böten. Die großmütige Anwendung des Herrn Eraberger dürfte indessen der Absicht entsprechen sein, seine politische Unzuverlässigkeit nicht wieder aufs neue vor aller Welt erhärten zu lassen, wo er jetzt wieder daran denkt, im politischen Leben hervorzutreten. Was seine Kritik an den strafrechtlichen Bestimmungen betrifft, so hat er doch deren Sachlichkeit in dem Fall Mannheim durchaus anerkannt, wo das Gericht zu einer Verurteilung des Angeklagten gelangt. Der Angeklagte und seine Verteidigung haben sich im vorigen Jahre erbötig gemacht, den Wahrscheinlichkeit dafür anzutreten, daß Herr Eraberger u. a. bei der Einbringung der Friedensresolution vom Jahre 1917 politisch unaufrichtig gehandelt, daß er gegen den Wunsch des damaligen Reichsfinanzministers unter wissentlicher Fälschung der Tatsachen auf dieselben seine Forderung gegen die Kriegsteuerprojekte Dr. Helfferichs alarmiert habe und daß die ganzen Behauptungen Erabergers, wie er sie bezüglich der angeblichen Friedensschritte des Vatikans in seiner Rede vom 25. Juli 1919 aufgestellt habe, mit der Wahrheit im schroffen Widerspruch ständen. Durch die Zurückziehung seiner Beleidigungsklage hat Herr Eraberger diese offenbar für ihn sehr unannehme Beweisführung unmöglich zu machen gesucht. Er dürfte damit aber kein Glück haben, denn Dr. Wälz hat die in diesen Beweisunterlagen enthaltenen Beschuldigungen, sowie auch die über solche Steuererklärungen und meinedliche Aussagen Herrn Erabergers in dem Prozeß gegen Helfferich ausdrücklich neuerdings in aller Öffentlichkeit erhoben, um Herrn Eraberger Gelegenheit zur Wiederaufnahme seines Strafanspruchs zu geben. Wenn Herr Eraberger tatsächlich versuchen sollte, politisch wieder in die Höhe zu kommen, so muß ihm zwecks Reinhaltung der politischen Moral von vornherein jede Möglichkeit dazu genommen werden. Das Schicksal des deutschen Volkes darf in keiner Weise von der Unzuverlässigkeit und Unwohrhaftigkeit dieses notorischen Reichsverwehlers noch einmal abhängig gemacht werden. Eine weitere aufgezeichnete Beleidigung für die Unzuverlässigkeit Erabergers bieten die Veröffentlichungen, die dieser gegen den ehemaligen Unterstaatssekretär von Falkenhäusen in bezug auf die Verwaltung des ehemaligen Operationsgebietes Litauen der „Kreuzzeitung“ übergeben hat. Diese sollte eine Widerlegung einer von Falkenhäusen in der „Kreuzzeitung“ unternommenen Rechtsfertigung bedeuten, die dieser gegenüber den Behauptungen Erabergers in seinen „Erinnerungen“ seiner Geschäftsführung gegenüber erhoben hatte. In dieser Veröffentlichung Erabergers in der „Kreuzzeitung“ stellt Herr von Falkenhäusen zu gleicher Zeit fest, daß die von Eraberger erhobenen Vorwürfe keineswegs stichhaltig sind, daß Eraberger in der litauischen Angelegenheit außerordentlich leistungsfähig gehandelt hat und daß die Amtsenthebung Falkenhäusens keinesfalls auf die Forderung Erabergers selbst zurückzuführen ist. Eraberger hat sich ferner von der Obersten Heeresleitung erst beschleunigen lassen müssen, daß verschiedene Mitteilungen in seinen „Erinnerungen“ die Wahrheit entstellten; auch diese neuerliche Entlarvung seiner Unzuverlässigkeit und hässlichen Verdrehungslust hat mit eindringlicher Deutlichkeit die Gefährlichkeit dieses Parlamentarier und Politikers dar und ist eine berechtigte Warnung für die Öffentlichkeit, sich von den Schlichen und wieder männlichen Anwendungen dieses Mannes nicht gefangen nehmen zu lassen.

### Politische Nachrichten.

**Das Reichsministerium.**  
Berlin, 20. Oktober. Wie verlautet, hat sich das Reichskabinett in der letzten Zeit abermals mit der Frage des Reichsnotopfers beschäftigt und einstimmig beschlossen, den verfassungsrechtlichen Wünschen nach Aufhebung dieses Gesetzes nicht nachzugeben, sondern, um die Zunahme der Inflation zu bremsen und dem Weiche so rasch wie möglich weitere Entnahmen zu beschaffen, im Gegenteil die alsbaldige Entrichtung eines Teiles des Reichsnotopfers zur Pflicht zu machen. Ueber die Höhe dieses Anteiles und die Zahlungsfrist sind endgültige Beschlüsse vom Kabinett noch nicht gefaßt worden. Die Frage einer Anwartschaft ist zunächst zurückgestellt worden.  
**Die Dieselmotoren.**  
Wie der „Tempo“ berichtet, hat sich der militärische Beirat der Postfachkonferenz mit der Frage der Ausrüstung der deutschen Dieselmotoren beschäftigt. Die Protokolle Deutschlands wurden dabei in Erwägung gezogen, doch soll sich der Beirat, dem „Tempo“ zufolge, aus militärischen Gründen

übermals für die Beschlagnahme der Motoren ausgesprochen haben. Nicht zum wenigsten sollen zu diesem Beschluß des Beirats die Berichte der Entente-Kommission aus Deutschland mitgesprochen haben, die hervorheben, daß der Dieselmotor fast ausschließlich für Schiffszwecke Verwendung finde und in wirtschaftlicher Hinsicht nur eine geringe Bedeutung habe. (1) Die Postfachkonferenz, die sich in der nächsten Woche gleichfalls mit der Frage der Ausrüstung der deutschen Dieselmotoren befassen wird, dürfte dann einen endgültigen Beschluß fassen, der, wie der „Tempo“ sagt, wohl nur eine Bestätigung des Urteils des militärischen Beirats darstellen wird.

**Eine offizielle Erklärung zum deutschen Eigentum in Italien.**  
Rom, 20. Oktober. Die Abendblätter veröffentlichten eine von der Kommission für das Eigentum ehemals feindlicher Staatsangehöriger inspirierte Mitteilung, die die Aussagen des „Tempo“ wegen der angeblichen Verschleppungstaktik bei der Rückgabe deutschen Eigentums zurückweist und erklärt, die Regierung habe alle Vorkehrungen getroffen, um die vom Ministerrat beschlossenen allgemeinen Maßnahmen zugunsten des deutschen Kleinigentums schnellstmöglich durchzuführen. Alles übrige Vermögen der Deutschen in Italien müsse aber natürlich unter Schweizer Verbleiben, da es die einzige greifbare Bürgschaft für die Deutschland durch den Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen bilde.

### Keine Rückwirkung des englischen Bergarbeiterstreiks auf Deutschland.

H Haag, 20. Oktober. Der Bochumer Vertreter des „Nieuwe Courant“ hatte eine Unterredung mit dem hiesigen England zurückgekehrten Bergarbeiterführer Gae. Dieser erklärte, er glaube nicht, daß der Streik der englischen Bergleute eine unmittelbare Rückwirkung auf die Haltung der deutschen Bergarbeiter haben werde. Er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß in englischen Arbeiterkreisen ein positives Vertrauen nach einer Angeldung vorhanden sei, die der Wiederherstellung des Friedens diene. Ueber die deutschen Kohlenlieferungen an Holland sagte er, er sei überzeugt, daß die Belieferungen durchgeführt werden würden. Man habe in Deutschland den festen Willen, die Verpflichtungen gegen Holland zu erfüllen.

### Polen ist erkannt.

London, 20. Oktober. Die „Times“ erfährt aus gut unterrichteter Quelle, daß die polnische Regierung als Antwort auf die Note Frankreichs und Englands in der Angelegenheit der Besetzung Wilnas erklärt habe, sie sei erkannt, daß Frankreich und England der Ansicht seien, die Stadt Wilna müsse in den Besitz Litauens übergehen. Eine derartige Entscheidung würde zu neuen Konflikten und zu Erhebungen im polnischen Oeere führen. Die polnische Regierung richte deshalb einen dringlichen Appell an die Alliierten, der Wiederaufrichtung Polens keine Hindernisse zu bereiten.

### Polnischer Vertrag mit Brangel.

Kowno, 20. Oktober. Die hier erscheinende Zeitung „Litwana“ berichtet über einen Vertrag, der in Warschau zwischen der polnischen Regierung und Agenten Brangels abgeschlossen worden sein soll. Demzufolge soll Samenko ermächtigt sein, in Polen eine freiwilligenarmee zu bilden. Ferner soll im Frühjahr eine polnische Oeere nach sich gegen Russland in Bewegung setzen. Polen soll nach der Niederwerfung des Bolschewismus unter anderem Baranowitsch, Dünaburg, Viban und Memel erhalten.

### Tod des griechischen Königs.

Salz, 21. Oktober. Der Radio-Telegraphenstation des im Hafen von Brindisi vor Anker liegenden griechischen Dampfers „Artemis“ wurde am Dienstag abend von Athen durch ein drahtloses Telegramm der Tod des Königs der Hellenen Alexander gemeldet. Die Regierung wartet jedoch mit der Bekanntgabe der Todesnachricht, bis Prinz Paul sich entschieden habe, die Thronfolge zu übernehmen. Auf der griechischen Gesandtschaft in Paris hatte man bis gestern vormittag keine Bestätigung.

### Protest der Schweizer.

Die „Neue Zürcher Ztg.“ und die „Zürcher Post“ erheben übereinstimmend den stärksten Widerspruch dagegen, daß der Lausanner Professor Mercier auf dem Mailänder Kongress der Völkerbundsvereinigungen gegen die sofortige Zulassung Deutschlands gestimmt habe. Die „Neue Zürcher Zeitung“ fährt aus: Diese Nachricht wird man nicht nur in der deutschen Schweiz mit peinlichem Erstaunen vernehmen. Wir hatten erwartet, den schweizerischen Vertreter auf der Seite Frankreichs, Englands, Schwedens und Norwegens zu finden, die für die Zulassung gestimmt haben. Die gewaltige Mehrheit des schweizerischen Volkes will, dessen sind wir sicher, nachdem die Schweiz einmal dem Völkerbunde beigetreten ist, einen umfassenden Völkerbund, der uns allein von dem unersättlichen Bündnissthem zu befreien vermag. Wir bedauern, daß der schweizerische Delegierte sich von Gefühlen hat leiten lassen, die nicht die unseren sind. Beide Blätter betonen, daß es sich bei der Stimmgabe Merciers nicht um eine amtliche Kundgebung der schweizerischen Meinung gehandelt habe.

### Vom englischen Kohlenarbeiterstreik.

London, 20. Oktober. Die Kohlenverlorgung ist ganz unter die Kontrolle der Regierung gestellt worden. In der Industrie von Südwales sind 80 Prozent der Arbeiter arbeitslos. Die Regierung hat verfügt, daß die ausfahrenden Schiffe für acht Tage Kohlenvorräte mit an Bord nehmen dürfen. Die Fabriken müssen den Kohlenbedarf um 50 Prozent reduzieren. In Sheffield feiern 8000 Arbeiter, in Swansea werden am Sonnabend 10000 Mann arbeitslos sein. Im Lome-Gebiet feiern 20000 Mann, in Durham 10000 Mann und im Bezirk Glasgow werden in Kürze alle Stahlwerke, Gießereien und Metallfabriken wegen Kohlenmangels feiern.

London, 20. Oktober. Die Vertreter von 25000 Arbeitern der Londoner Verkehrsunternehmungen beschlossen, allgemein einen Hungerstreik von 4 Pfund 7 Schilling zu fordern. Den Verkehrsgesellschaften ist bereits die Streikankündigung mit Befristung für den 23. Oktober ausgegangen. Haag, 20. Oktober. „Mandator Guardian“ meldet, daß die streikenden Bergarbeiter in Südwales revolutionäre Demonstrationen veranlassen haben. Die Arbeiter seien mit Waffen versehen gewesen. Als die Polizei eintraf, kam es zu einem Feuerkampf, und es soll auf beiden Seiten Tote und Verwundete gegeben haben.

London, 20. Oktober. Die Exekutive der Bergarbeiterorganisation von Südwales sah in einer Konferenz in Cardiff den Beschluß, daß, wenn nicht der Streik am 20. Oktober beendet sei, der Bergarbeiterverband von Großbritannien erlucht werden solle, eine Nationalkonferenz einzuberufen, zu dem Zwecke, in Erwägungen darüber einzutreten, ob nicht aus den Gruben aller Kohlengebiete zurückgezogen seien. Sollten die Bergarbeiter diese Androhung wahrnehmen, so müßte das zu einer Katastrophe im Bergbau führen, da die Bergwerke in kurzer Zeit überflutet sein würden. Die Vertreter der Bergarbeiter im Unterhaus sprachen sich einstimmig darüber aus, daß die Regierung nach wie vor daran festhalte, daß jede Lohnerhöhung von der Steigerung der Produktion abhängig gemacht werden solle. Der Vorsitzende des Verbandes der schottischen Bergleute sagte seine Ansicht dahin zusammen, daß die unveränderte Stellung der Regierung die Bergarbeiter in ihrem Entschlusse zum Durchhalten nur bestärken werde. Der Vertreter von Südwales erklärte: Um aus der schwierigen Lage herauszukommen, gebe es nur einen Weg: Die Regierung müsse die Lohnforderungen der Bergleute bewilligen und darauf vertrauen, daß nach den gegebenen Versprechungen die Bergleute in Verbindung mit den Grubenbesitzern Maßnahmen treffen würden, um die Förderung so weit wie möglich zu steigern.

Paris, 20. Oktober. Die „Morning Post“ berichtet, daß das englische Kriegsministerium infolge des Bergarbeiterstreiks und der Gefahr der Ausdehnung des Ausstandes sämtliche Beurlaubungen der Territorialarmee und der Marine aufgehoben habe. In den britischen Garnison- und Kasernen werden die Truppen alarmbereit gehalten.

Paris, 20. Oktober. Nach einer Blättermeldung aus London sind für die Dauer des Kohlenarbeiterstreiks alle Verbereren mit Ausnahme derjenigen in Irland verboten worden.

### Sächsische Nachrichten.

Mitteilungen aus unserm Leserkreise über örtliche Vorkommnisse sind uns stets willkommen und werden honoriert.  
Das Wirtschaftsministerium, Abteilung für Handel und Gewerbe, teilt in der „Sächs. Staatsztg.“ mit, daß zur Feststellung der Entschädigungen für die auf Grund des Artikels 297 des Friedensvertrages zu entrichtenden Gegenstände vom 31. Juli 1920 bei den Kreis- und Hauptmannschaften Bautzen, Leipzig, Dresden, Chemnitz und Soidau Entschädigungsbedürfnisse eingetragen worden sind.  
Der Ueberwachungs-ausschuß im Bezirk der Kreis- und Hauptmannschaft Dresden besprach Mittwoch mittag die schwierige Lage der Kartoffelverforgung. Vor. Schumann erklärte, daß die getroffenen Vereinbarungen zwischen Veräußerern und Erzeugern ministeriell als rechtsverbindlich anerkannt seien und daß auf Einhaltung der Preise streng zu achten sei. In der Aussprache wurde allgemein über die herrschende Not Klage geführt, und man war der Ueberzeugung, daß die freie Wirtschaft daraus schuld sei. Das Recht einer Beschlagnahme der Kartoffeln habe bei den Erzeugern zu, die absichtlich Kartoffeln zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen, außerdem müßte die Handelsabwicklung der Händler geprüft werden. — Auch über die Preissteigerung im Fleisshandel ward Klage geführt. Wader müßte sofort zur Anzeige gebracht werden und den Mitgliefern lege der Vorsitzende nahe, Preise und Viehmärkte zu überwachen. Zuletzt besprach man noch kurz die Erfassung von Getreide und Milch.  
Das Finanzamt Dresden A. 1 schreibt uns: Da wahrgenommen gewesen ist, daß der Verstoß an Einkommensteuermarken zu 10 und 50 Pf. auffallend groß ist, weisen die Finanzämter in Dresden darauf hin, daß der einzubehaltende Betrag bei Lohnzahlungen für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum auf volle Mark nach unten abzurunden ist. (§ 2 b der Bestimmungen des Reichsfinanzministers vom 28. Juli 1920; Reichs-Zentralblatt S. 1337.)  
Das Kriegsabwicklungs-Hauptamt in Berlin hat zum Zwecke der Rückführung von zurückgelassenen Gepäck und Nachlass ehemaliger französischer und belgischer Kriegs- und Zivilgefangener folgendes verfügt: Um eine reibende Erfassung und Rückführung des sämtlichen noch in Deutschland befindlichen Gepäcks einschließlich der Nachlässe französischer und belgischer Gefangener durchzuführen, werden die ehemaligen Arbeitgeber von solchen Gefangenen aufgefordert etwa noch in ihren Händen befindliches Eigentum der Gefangenen dem Kriegsgefangenenlager Bautzen i. Sa. unter genauer Angabe des einstigen Eigentümers und der Gefangenen-Nummer, Name und Lagerzugehörigkeit zum Zwecke der Weiterführung an das Zentralabwicklungsamt für Kriegsverluste und Kriegsgräber, Abteilung 9, Zentralstelle für Nachlasssachen abzugeben.  
Im heutigen amtlichen Teils befinden sich Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden A. betr. Abgabe von Kartoffeln im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden A., der Amtshauptmannschaft Dresden N., betr. Anbruch der Raul- und Rianenstraße in Radeberg, betr. Heizungsvergütung des Wohnungsverbandes Dresden N. und betr. Zwangsbebauung.